

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 5-6

Artikel: Pazifistische Rundschau
Autor: Schulthess, Konrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802674>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es ist einer der geschicktesten Taktiker der sozialistischen Gruppe der Kammer, dem die Aufgabe zufiel, den Regierungsvertreter in der Person des Ministers des Aeussern zu einer Erklärung und die Kammer zu einem Votum zu zwingen, das einen klaren Schluss auf die Absichten der Regierung sowohl als der Kammer zulässt. Der Sozialist heisst Sembat, ist seines Zeichens Advokat und einer der auch in Frankreich gar nicht seltenen Genossen, die in der bösen kapitalistischen Gesellschaft die schwere Last erbter Millionen mit Anstand tragen. Seine guten Absichten und seine Friedensliebe sind über jeden Zweifel erhaben. Er benutzte die Debatte über den Bau zweier neuer Panzer, den die Marinekommission vorschlägt, aus Rücksichten der Geschwindigkeit der Privatindustrie zu übergeben, um den Wunsch auszusprechen, Frankreich möge bei den europäischen Grossmächten eine gleichzeitige Abrüstung anregen. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem Beschlussantrage: Die Kammer ersucht die Regierung, Besprechungen mit den fremden Regierungen insbesondere mit Deutschland und England, zu dem Zwecke gleichzeitiger Beschränkung der Rüstungen einzuleiten und bis dahin die Beschlussfassung über den Bau neuer Panzer aufzuschieben. Mit diesem Antrage hatte Sembat dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten das Messer auf die Brust gesetzt. Es überraschte denn auch keinen Menschen, dass sich hier Herr Pichon sofort erhob und im Namen der Regierung erklärte, der Vorschlag sei unannehmbar, die Regierung stelle dagegen die Vertrauensfrage.

Die Ueberraschung sollte erst bei der Abstimmung folgen. Der Antrag wurde mit 352 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Eine so starke Minderheit hatte kein Mensch erwartet. Selbst die Sozialisten waren einen Augenblick ganz verblüfft, machten aber nachher ihrer Freude durch einen tobenden Beifall Luft. Sie hatten allen Grund dazu. Ihre Gruppe zählt in der Kammer nur 75 Mitglieder; es hatten also 114 Nichtsozialisten für den friedlichen Antrag gestimmt. Die Schlappe für den Minister des Aeussern wurde auf der Linken so empfunden, dass man sich flugs daran machte, einen Vermittlungsantrag einzubringen, der auch von der Regierung angenommen werden konnte. Der Abgeordnete Dumont unterzog sich dieser Aufgabe und setzte nach Beratung mit dem Minister des Auswärtigen folgenden Antrag auf: Die Kammer ersucht die Regierung, alle Anstrengungen zu machen, um im Einverständnis mit den befreundeten und verbündeten Mächten die gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz zu setzen. Dieser Antrag wurde mit 447 gegen 56 Stimmen angenommen. Die Verkündung des Abstimmungsergebnisses wurde mit langem Beifall begrüsst.

Man muss die Bewegung in der Kammer während der beiden Abstimmungen gesehen haben, um die Bedeutung dieser Voten richtig zu würdigen. Nachdem die Regierung beim ersten Beschlussantrag erklärt hatte, dass sie die Vertrauensfrage stelle, sammelten sich die Gruppen zu erregter Diskussion. Ohne die Vertrauensfrage wäre der Antrag Sembat allem Anschein nach durchgegangen. Die Stimmung war ihm bei der Mehrheit so günstig, dass der Vermittlungsantrag Dumont folgen musste. Man kann über den Wert solcher Abstimmungen vom Standpunkte der Friedensidee aus denken, wie man will. Jedenfalls entscheidet in Frankreich das Parlament über Krieg und Frieden und hat es in der Hand, der auswärtigen Politik die Richtung zu geben, die es will. Man wird übrigens bemerken, dass die Tagesordnung Dumont sowohl als auch die Sembats sehr vorsichtig abgefasst

war. Die französischen Friedensfreunde sind praktisch und wollen ihr Vaterland keinen Gefahren aussetzen; deshalb verstehen sie die mögliche Abrüstung bei den Grossmächten gleichzeitig. Aber gerade auf dieser vernünftigen Grundlage ist der ausgedrückte ehrliche Wille bemerkenswert.

Man darf nicht vergessen, dass es in Frankreich noch genug Leute gibt, die sich den Revanchegeanken noch nicht aus dem Kopf geschlagen haben. Das Votum der Kammer bedeutet aber nichts weniger als einen Verzicht auf den Revanchegeanken durch eine ungeheure Mehrheit der Kammer. Mag sein, dass sich die Stimmung der Kammer leicht ändern liesse, wenn ein geschickter Redner die nationalistische Saite recht herzbewegend anschlagen würde. Aber der Beweis ist doch erbracht, dass die französische Kammer, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, in ruhigen Augenblicken recht friedliebend ist. Darin stimmt sie übrigens, wie wir schon oft betont haben, ganz mit dem französischen Volke überein. Allerdings nicht mit der Diplomatie und ihren ausländischen Hintermännern. Dort wird die Friedenspalme meist nur geschwungen, wenn man sich empfindlich und unwiederbringlich in Nachteil versetzt fühlt. Aber wenn sich die jetzige Stimmung in der Kammer behauptet, so sind die Aussichten nicht gering, dass sich die Diplomatie schliesslich gezwungen sieht, sich nach der Stimmung der gesetzgebenden Behörde zu richten. Damit wäre ein Riesenschritt zur Entspannung in Europa getan.

—o—

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess (Zürich).

Ein politisches Ereignis von ausserordentlich weittragender Bedeutung beschäftigte im vergangenen Monat die Gemüter in ganz Europa: das Potsdamer Abkommen zwischen Deutschland und Russland. Diese deutsch-russische Verständigung hat in Paris und London und selbst am Goldenen Horn nicht wenig überrascht und zu mannigfachen und intensiven Erörterungen Anlass gegeben. Von der ersten Verblüffung erholte man sich jedoch rasch wieder. An die Stelle der Beklemmung und Beunruhigung trat allmählich eine sachliche und vernünftige, ja selbst wohlwollende Beurteilung dieses Bündnisses, nachdem man dessen durchaus friedliche Absichten erkannt hatte. Freilich, gewisse englische und französische Chauvinisten-Blätter gebärdeten sich recht aufgeregt. Im grossen und ganzen aber liessen sich weder Franzosen noch Engländer oder Türken dadurch irre machen. Hören wir, wie sich z. B. die radikale „Lanterne“ über das Abkommen äusserte: „Also Deutsche und Russen regeln gütlich nach Massgabe ihrer Interessen eine Frage, die gefährliche Konflikte hervorzurufen drohte. Niemand scheint durch das deutsch-russische Abkommen geschädigt zu sein, und so bildet dieses Schriftstück nach unserer Ansicht eine Tatsache, über die sich alle Friedensfreunde freuen müssen. Denn indem man in ehrlichen Auseinandersetzungen, aus denen Verträge hervorgehen, alle möglichen Streitfragen über wechselseitige Rechte und Pflichten der Staaten voraussieht, wird der Krieg am sichersten vermieden werden. Und Frankreich, das durch seine jüngsten Abkommen mit England, mit Spanien, mit Japan und mit Deutschland seine äussere Politik so vorzüglich auf den Pazifismus hingelenkt hat, müsste wirklich böswillig sein, wenn es sich nicht zu dem Abschlusse des deutsch-russischen Abkommens beglückwünschte.“ Aber auch andere grosse und

politisch einflussreiche Blätter wie der „Temps“ und die „Evening Times“ begrüßten dieses Bündnis als eine neue Friedensbürgschaft und betonten nachdrücklich die rein defensiven Zwecke des Dreibundes wie auch der dreifachen Verständigung. Wenn dem so ist, und daran zweifelt heute gewiss niemand mehr, dann ist es doch wirklich unnötig, dass zwei verschiedene Bündnissysteme nebeneinander bestehen, um den Frieden Europas zu sichern. Wenn nichts die Glieder der einen Entente hindert, sich mit Gliedern der andern zu verbünden, was steht dann noch einer Verständigung sämtlicher Mächte Europas im Wege?

* * *

Kaum hatte sich Europa über das Potsdamer Abkommen beruhigt, da wirbelte auch schon wieder ein anderes Ereignis Staub auf. Die Befestigung Vlissingens, eine rein innerpolitische Angelegenheit Hollands, wurde durch eine etwas unvorsichtige Bemerkung des französischen Ministers des Aeussers, Pichon, plötzlich zu einer bedeutsamen internationalen Frage. Mehr als eine Woche vermochte diese Befestigungsfrage Diplomatie und Presse in Atem zu halten. Namentlich eine gewisse Sorte der letztern war es, die bezüglich Aufbauschungen und Verdrehungen ihr menschenmöglichstes tat. Den Quertreibereien und Verhetzungen bereitete aber Pichon durch eine offizielle Erklärung ein jähes Ende. Von einer Konferenz der Signatarmächte des Londoner Vertrages von 1839 und eines Eingriffs derselben in die Souveränität Hollands ist natürlich keine Rede. Wohl aber hat dieser Festungsrummel vorläufig insofern einen erfreulichen Abschluss gefunden, als er der Anlass zu einem neuen belgisch-holländischen Scheldevertrag geworden ist. Durch dieses Uebereinkommen wird die Freiheit der Scheldes Schiffahrt auch in Kriegzeiten gesichert werden.

* * *

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Taft, steht im Begriff, einen wichtigen Schritt vorwärts zu tun. Taft, wie unsere Leser wissen, ein überzeugter Pazifist, will nämlich mit England einen allgemeinen Schiedsvertrag abschliessen. Darnach würden auch Fragen, die vitale Interessen und die Ehre der beiden Parteien betreffen, dem Schiedsgericht unterbreitet.

Aus Südamerika kommt die Nachricht, dass Peru und Ecuador entschlossen seien, eine Grenzstreitigkeit dem Haager Schiedsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen. Gleichermassen haben die Vereinigten Staaten in einem Grenzstreit zwischen Haiti und Dominica vermittelt.

Die Vereinigten Staaten und Kanada, die sich bisher mit hohen Zollmauern gegeneinander abschlossen, haben ein Zollabkommen getroffen. Da der jüngste amerikanische Zollltarif überhaupt keinen Handelsvertrag zulässt, so ist dieser Schritt von prinzipieller und weittragender Bedeutung. Mit diesem Abkommen ist der wirtschaftliche Zusammenschluss von Nord- und Südamerika vollendete Tatsache geworden. Wird wohl dieses Ereignis instande sein, das alternde Europa aus seinem Winterschlaf aufzurütteln? Werden die Lenker der europäischen Politik nunmehr einsehen, was die Forderung des Tages ist?

* * *

In der französischen Kammer hat Herr Pichon eine grosse Rede über die Auslandspolitik Frankreichs gehalten, die in den Ruf nach Rüstungssteigerung ausklang. Der Abgeordnete Jaurès

machte mit feiner Ironie auf den gewaltigen Widerspruch aufmerksam, der darin liege, dass Pichon einerseits versichere, die auswärtigen Beziehungen Frankreichs seien ausgezeichnete, andererseits aber neue Millionen für Kriegsrüstungen fordere. Seinerseits stellte Jaurès den Antrag, Frankreich solle sich den Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine prinzipielle und allgemeine Regelung aller internationalen Konflikte durch ein Schiedsgericht anschliessen. Der Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten sei nur das erste Glied in der langen Kette, die alle Nationen umschliessen soll. Der Antrag wurde an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten gewiesen.

* * *

Der Papst hat den belgischen ultramontanen Parlamentariern jede Teilnahme am Kongresse der Interparlamentarischen Union, der im Oktober in Rom stattfinden wird, verboten. Dieser Erlass, der natürlich auch die klerikalen Parlamentarier anderer Länder betrifft, zeugt wahrlich nicht von grossem Verständnis der vatikanischen Politiker für den Pazifismus.

* * *

Der Rüstungswahnsinn hat jetzt auch Oesterreich-Ungarn ergriffen. Die Militaristen fordern nämlich einen ausserordentlichen Kredit von nicht weniger als 312,400,000 Kronen für den Ausbau der Flotte. Dieses unsinnige Begehren scheint aber glücklicherweise keine Aussicht auf Erfüllung zu haben. Die Opposition gegen diese unproduktiven Ausgaben, die den Staat in finanzielle Bedrängnis und Gefahr brächten, wächst in allen Parteien. Die Pazifisten Oesterreichs, voran Fried, erheben selbstverständlich energischen Protest gegen die wahnsinnige Rüstungssteigerung. Vor allem aber wird die sozialdemokratische Partei eine grosse Landagitation gegen die Armeeforderungen inszenieren. Zu diesem Zweck soll eine in mehreren Sprachen abgefasste Flugschrift verbreitet werden. Ebenso werden in etwa 60 Städten Protestversammlungen abgehalten werden.

Zeitungsberichten zufolge hat man den Eindruck, dass in der Tat der Augenblick internationaler Verständigung gekommen ist.

* * *

Die Schweiz soll nun auch mit der neuesten Kulturerrungenschaft, dem Luftmilitarismus, beglückt werden. In einigen Blättern nämlich wird ganz ernsthaft die Anschaffung von lenkbaren Luftschiffen gefordert. Auch sei es nachgerade Zeit, dass sich die Militärverwaltung der Aviatik erinnere. Wie unsere Leser wissen, hat die Bundesversammlung in der letzten Session ihren festen Willen kundgegeben, die Militärausgaben auf das Allernotwendigste zu beschränken. Deshalb werden die eidgenössischen Räte, wenn sie sich nicht selbst desavouieren wollen, den begehrliehen und unverfrorenen Militaristen wohl kein Gehör schenken.

* * *

Einer Depesche der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir die freudige Kunde, dass der Zentralvorstand der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereine an das norwegische Storting-Nobel-Komitee die Aufforderung gerichtet hat, den diesjährigen Nobelfriedenspreis zwischen A. H. Fried und der Deutschen Friedensgesellschaft zur Verteilung zu bringen. Mit besonderer Freude und Genugtuung erfüllt es uns, dass der Herausgeber der „Friedenswarte“ und unermüdliche Kämpfer und För-

derer des Pazifismus, A. H. Fried, für seine segensreiche Tätigkeit nummehr mit dem längst verdienten Friedenspreise gekrönt werden soll.

* * *

Unter dem Vorsitze Beernaerts hielt der Ausschuss der Interparlamentarischen Union in Brüssel eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, auf den 8. April den Interparlamentarischen Rat einzuberufen behufs Festsetzung des Programms für die am 24. Oktober in Rom stattfindende Konferenz der Union. Als Traktanden wurden vorgeschlagen: Internationales obligatorisches Schiedsgericht, internationaler Gerichtshof, Vermittlungsverfahren zwischen Staaten, Abrüstung, Verhinderung des Luftkrieges.

* * *

Im Deutschen Reich, in Oesterreich-Ungarn und in Frankreich soll das Volk mit Rüstungssteigerungen „beglückt“ werden. Diese neuen Militärforderungen werden wahrscheinlich bewilligt. Allein es kann sich trotzdem niemand mehr der Ansicht verschliessen, man sei an der Grenze des Erreichbaren angelangt. „Nun ist's genug!“ ist der eine, „Abrüstung!“ der andere Grundton all der langen und erregten Debatten über die neuen Militärvorlagen bei unseren Nachbarn in Nord, Ost und West. Die Abrüstungsfrage steht nun einmal auf der Tagesordnung aller Parlamente Europas. Und sie wird von dort nicht eher verschwinden, als bis sie gelöst ist. Gezwungen durch die Macht der öffentlichen Meinung, werden sich die Regierungen gern oder ungern eben doch an die Lösung dieses so wichtigen Kulturproblems machen müssen.

Einen grossen Erfolg haben die Freunde internationaler Verständigung und Abrüstung in der französischen Kammer errungen. Wir bringen hierüber einen eingehenden Bericht an anderer Stelle dieser Nummer.

Auch in Oesterreich-Ungarn wird allgemein von der Regierung verlangt, sie solle allein oder in Verbindung mit den andern Dreibundmächten die Initiative in der Abrüstungsfrage ergreifen. Schon in der österreichischen Delegation wurden die masslosen Rüstungskredite aufs schärfste bekämpft und die Rüstungspolitik der Regierung missbilligt. Schliesslich nahm auch diese Delegation ähnlich der französischen Kammer eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, alle auf die Abrüstungsfrage bezüglichen Anregungen nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern.

Selbst im Deutschen Reich, wo der Friedensbewegung sonst der hartnäckigste und feindseligste Widerstand entgegengesetzt wird, dämmert es allmählich. Bei der Beratung der neuen Militärvorlage, die eine Kostenvermehrung von nicht weniger als 100 Millionen Mark zur Folge haben wird, wurde im Reichstag von den Rednern der Linken nachdrücklich darauf hingewiesen, wie gebieterisch die Pflicht der Staatsmänner sei, auf Mittel und Wege zu sinnen, dem sinnlosen Wettrüsten Einhalt zu tun.

In Schweden haben die Sozialdemokraten der beiden Kammern einen detaillierten Antrag über die Beschränkung der Rüstungen eingebracht. Darnach könnte allmählich eine derartige Verminderung der Militärausgaben herbeigeführt werden, dass dem Lande jährlich 20 Millionen Kronen erspart würden.

* * *

Am 14. Februar trat das Haager Schiedsgericht unter dem Vorsitze des belgischen Staatsministers Beernaert zur Behandlung der Sa-

varkar-Angelegenheit zusammen. Am 24. Februar wurde das Urteil eröffnet. Der Gerichtshof hat darin die Frage, ob der Inder Savarkar im Frühjahr vorigen Jahres von der Marseiller Hafenpolizei zu Recht an die englische Polizei ausgeliefert worden ist, bejaht.

Am 15. Februar wurde im Haag das Schiedsgericht betreffend den russisch-türkischen Streit über die Verzugszinsen aus der Kriegsentschädigung von 1877 eröffnet. Als Schiedsrichter amten die Russen Baron Taube und Mandelstamm, sowie die Türken Herante Abro Bey und Réchid Bey. Auf Ersuchen der Parteien hat die Schweiz ihren Gesandten in Paris, Lardy, zum Obmann ernannt. Bei dieser Zusammensetzung des Gerichtshofes werden in Wirklichkeit nur die diplomatischen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht fortgeführt. Das Amt des Obmanns ist deshalb doppelt verantwortungsvoll und schwierig. Als einzig Unparteiischer wird Herr Lardy all seine diplomatische Gewandtheit aufbieten müssen, um eine befriedigende Lösung des Streitfalles herbeizuführen. Da vorerst verschiedene Denkschriften gewechselt werden, wurde in der Eröffnungssitzung die Vertagung auf unbestimmten Termin beschlossen. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen erst im Jahre 1912 wieder aufgenommen.

* * *

Deutsche Geistliche in London.

Deutsche und englische Geistliche versammelten sich am 6. Februar in der Queens Hall in London, um die Sache des internationalen Friedens und der internationalen Freundschaft zu fördern. Die Versammlung fand unter den Auspizien der vereinigten Räte der Kirchen des britischen und Deutschen Reiches zur Befestigung freundschaftlicher Gefühle zwischen dem englischen und dem deutschen Volke statt. Der Erzbischof von Canterbury führte den Vorsitz, und unter den Anwesenden bemerkte man Prof. Harnack, Dr. Spiecker, Lord Kinnaird, die Bischöfe von Hereford und Worcester, den Bischof von Meath und viele andere. In seiner Eröffnungsrede sagte der Erzbischof, dass sie als eine Vereinigung von Leuten existierten, die an die Kraft des heiligen Geistes glaubten, die Menschen im Geiste der christlichen Brüdergemeinde bestärken zu können. Sie wünschten, dass eine jede der beiden grossen Nationen als Basis eine solide Körperschaft derartig belebter Männer und Frauen besitze. Auf diese Weise allein könnte es gelingen, einen Krieg oder den Geist und den Ton, der Anlass zum Kriege geben könne, unmöglich oder wenigstens unwahrscheinlich zu machen und schliesslich ganz zu verhindern.

Dr. Spiecker bemerkte im Verlauf seiner Ansprache, dass trotz der grossen Rüstungen zu Land und zur See, die die englische Regierung aufrecht erhalte — nicht nur zur Verteidigung des Handels, sondern auch für körperliche Zucht des jungen Volkes — das deutsche Volk keinen grösseren Wunsch habe, als im Frieden mit all seinen Nachbarn zu leben und vor allen Dingen mit seinen britischen Nachbarn, mit denen es sich durch aussergewöhnliche Bande, durch Bande religiösen Gefühls, durch Handelsunternehmungen und durch Bande des Blutes verbunden fühle. Prof. Harnack führte aus, dass der Geist der Achtung, der Bewunderung, der Freundschaft und des Friedens, der ihn selbst mit Bezug auf das englische Volk durchdringe, auch in dem deutschen Volke wurzele. Alle wünschten den Frieden, aber der Wunsch allein genüge nicht. Der Friede sei eine Frucht, und Früchte werden nur dann geerntet, wenn guter Samen gesät